

D-NO1 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium: Grüne Jugend Bremen

Beschlussdatum: 10.09.2025

Tagesordnungspunkt: 5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

1 Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas ein brutales Massaker an
2 der israelischen Zivilbevölkerung. Die Hamas beschießt Israel mit Tausenden
3 Raketen und dringt mit bis zu 3.000 bewaffneten Kämpfern in das Land ein. Ziel
4 sind vor allem Menschen aus der Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Menschen werden
5 von der Hamas entführt, mehr als 1.200 Menschen getötet. Es handelt sich damit
6 um den schlimmsten Massenmord gegen Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Wir
7 verurteilen diesen antisemitischen, terroristischen Akt ohne Einschränkungen.

8 Als Reaktion auf den Angriff der Hamas führt die Israel seither Krieg im Gaza-
9 Streifen. Dabei wurden bereits zehntausende Palästinenser*innen getötet,
10 verletzt oder vertrieben. Die humanitäre Lage in Gaza, die schon vor der
11 israelischen Offensive sehr schlecht war, kann heute als humanitäre Katastrophe
12 bezeichnet werden. Regelmäßig wird das sehr kleine und dicht besiedelte Gebiet
13 des Gaza-Streifens, in dem Menschen keinen Schutz finden können, massiv
14 bombardiert, wobei immer wieder auch wichtige Infrastruktur zum Ziel von
15 Angriffen wird. Millionen Menschen befinden sich ohne Schutz auf der Flucht. Es
16 fehlt an Nahrungsmitteln, Trinkwasser und Medikamenten, in diesem Frühjahr
17 blockierte die israelische Regierung fast drei Monate sämtliche Hilfslieferungen
18 nach Gaza, auch die aktuell genehmigten Hilfsgüter reichen nicht ansatzweise
19 aus. Eine Kriegsführung, die die Zivilbevölkerung mit derartigem Leid überzieht,
20 ist nicht zu rechtfertigen. Anfang Mai verkündete die israelische Regierung, den
21 Gazastreifen dauerhaft besetzten und die palästinensische Bevölkerung vertreiben
22 zu wollen. Mittlerweile hat die israelische Armee eine Offensive eingeleitet, um
23 diese Ziele durchzusetzen. Diese Beispiele zeigen das völkerrechtswidrige
24 Vorgehen Israels. Auch internationale Gerichte befassen sich mit dem Vorgehen
25 der israelischen Regierung in Gaza. Der Internationale Gerichtshof ermittelt
26 derzeit wegen des Verdachts auf einen Völkermord gegen Israel. Im Januar 2024
27 verpflichtete er Israel, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die
28 Gewährleistung humanitärer Hilfe und die Verfolgung öffentlicher Aufstachelungen,
29 um einen Genozid in Gaza zu verhindern, was zeigt, dass der Genozid-Vorwurf
30 zumindest vorläufig als plausibel eingeordnet wird. Der Internationale
31 Strafgerichtshof hat im Herbst 2024 Haftbefehle gegen Premierminister Netanyahu
32 und seinen ehemaligen Verteidigungsminister erlassen, da diese für
33 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich seien.
34 Auch viele NGOs, etwa die israelische Organisation B'Tselem, sehen im
35 israelischen Vorgehen einen Völkermord.

36 Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel ein
37 Recht darauf hat seine Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen. Klar ist aber
38 auch, dass Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht immer handlungsleitend
39 sein müssen und nicht eingeschränkt werden dürfen. Israel verstößt in Gaza immer
40 wieder gegen diese Grundsätze.

41 Die Hamas verstößt regelmäßig gegen das Völkerrecht, mit Massakern an
42 israelischen Menschen, und auch, wenn sie Zivilist*innen im Gaza-Streifen als

43 Schutzschilder missbraucht und deren Tod einkalkuliert. Das ist unbestritten und
44 klar zu verurteilen. Es bedeutet jedoch nicht, dass Israel ebenfalls
45 Völkerrechtsverstöße begehen darf. Von der demokratisch gewählten israelischen
46 Regierung erwarten wir, dass sie sich im Gegensatz zu Terrororganisationen an
47 internationales Recht hält und eine verantwortungsvolle Rolle bei der Erreichung
48 von Frieden in der Region einnimmt.

49 Ziel muss es jetzt sein, einen dauerhaften Waffenstillstand herzustellen und
50 einen Prozess zu einem langfristigen und gerechten Frieden einzuleiten. Das
51 meint eine Lösung des Konflikts, die Sicherheit für alle Menschen in der Region
52 sowie Freiheit und Selbstbestimmung für Palästina ermöglicht.

53 Eine Waffenruhe ist ein erster wichtiger Schritt, reicht aber nicht aus. Es
54 braucht langfristige, gerechte Lösungen. Ein gerechter Frieden setzt voraus,
55 dass die Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung endlich anerkannt
56 und verbessert werden: Die Besatzung, die fortschreitende Enteignung durch den
57 Siedlungsbau, die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die alltägliche
58 militärische Kontrolle sowie der Entzug grundlegender Rechte. Denn Unterdrückung
59 und Brüche des Völkerrechts sind keine neue Erscheinung nach dem 7. Oktober
60 2023, sondern Ausdruck eines strukturellen Unrechts, das seit Jahrzehnten
61 andauert. Ebenso muss die Sicherheit der israelischen Bevölkerung gewährleistet
62 sein – jedoch nicht durch militärische Unterdrückung, sondern durch eine
63 politische Lösung, die Sicherheit auf Grundlage von Gerechtigkeit schafft. Der
64 Krieg in Gaza, der offiziell der Zerschlagung der Hamas dienen soll, hat dieses
65 Ziel bislang nicht erreicht und stattdessen zehntausenden Zivilistinnen das
66 Leben gekostet und die Sicherheitslage für alle – Israelis wie
67 Palästinenser*innen – massiv verschlechtert.

68 Ein zentraler Bestandteil eines gerechten Friedens ist der Einbezug der
69 Zivilgesellschaften beider Seiten. Solidarität und gemeinsame Visionen für ein
70 Leben in Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und langfristig
71 stabilisieren. Friedliche Verhandlungen müssen unter internationaler Vermittlung
72 geführt werden und dürfen nicht von geopolitischen Interessen dominiert werden.

73 Ein gerechter Frieden kann nur durch eine umfassende Lösung erreicht werden, die
74 auf dem Völkerrecht, der Anerkennung gleicher Rechte für alle Menschen in der
75 Region und dem Ende der Besatzung basiert. Dazu gehört die diplomatische
76 Anerkennung eines souveränen palästinensischen Staates. Viele Staaten erkennen
77 Palästina bereits an. Es ist wichtig, dass auch Deutschland diesen Schritt geht.

78 Aktiver Einsatz für Frieden in Israel und Palästina aus Deutschland

79 Die Worte und Handlungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere von
80 verbündeten Staaten haben einen Einfluss auf das Vorgehen der israelischen
81 Regierung. Entsprechend sehen wir die deutsche Bundesregierung in der Pflicht,
82 all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen sofortigen und dauerhaften
83 Waffenstillstand herbeizuführen. Dieser muss die Freilassung der Geiseln,
84 ausreichend humanitäre Hilfe und den Rückzug der Israelischen Armee aus Gaza
85 beinhalten.

86 Dazu gehört es, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen aller
87 Beteiligten klar zu benennen und zu verurteilen. Neben klaren Worten braucht es
88 zudem Taten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung zu einem Bekenntnis zur

89 Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte auf. Dies ist
90 Voraussetzung für eine glaubhafte Positionierung auf Seiten der Menschenrechte.

91 Außerdem braucht es personenbezogene Sanktionen gegen alle israelischen
92 Regierungsmitglieder und Militärs, die die Blockade von Hilfslieferungen
93 und/oder Vertreibungspläne der Zivilbevölkerung unterstützen (z.B. gegen die
94 Minister Ben-Gvir und Smotrich), menschenfeindliche Politik und Rhetorik
95 gegenüber der palästinensischen Bevölkerung dürfen nicht geduldet werden. Wir
96 befürworten den Vorschlag der EU-Kommission, das EU-Assoziierungsabkommen mit
97 Israel für den wirtschaftlichen Bereich auszusetzen. Die deutsche
98 Bundesregierung sollte sich diesem Vorschlag anschließen.

99 Außerdem ist es für uns essenziell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch
100 deutsche Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen. Seit Israel Krieg in
101 Gaza führt, ist die Lage immer weiter eskaliert und trotz internationaler
102 Appelle wurden immer wieder Völkerrecht und Menschenrechte missachtet.
103 Spätestens in den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass immer mehr Waffen für
104 Israel nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu einer weiteren Eskalation. Es
105 ist höchste Zeit tatsächliche Lösungsansätze für den Konflikt anstelle von
106 Waffenlieferungen in den Fokus zu stellen. Daher begrüßen wir die Entscheidung
107 der Bundesregierung, vorerst keine Rüstungsgüter mehr an Israel zu liefern, die
108 in Gaza eingesetzt werden können. Dieser Schritt war lange überfällig. Als Grüne
109 Partei müssen wir uns kritisch mit dem Vorgehen Grüner
110 Verantwortungsträger*innen in der letzten Bundesregierung auseinandersetzen.

111 Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen Euro an humanitärer Hilfe
112 für die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese finanzielle Unterstützung ist
113 sehr wichtig und muss dauerhaft und planbar aufrechterhalten bleiben.
114 Deutschland muss die Humanitäre Hilfe in Gaza nicht nur finanziell unterstützen,
115 sondern auch politischen Druck ausüben und logistisch unterstützen.

116 Aktivismus für den Frieden unterstützen

117 Aktivismus, der aus der Zivilgesellschaft vor Ort kommt, ist ein elementarer
118 Bestandteil für einen Friedensprozess in der Region und eine langfristige Lösung
119 des Konflikts. Es wäre falsch, die israelische und palästinensische Bevölkerung
120 mit ihren Regierungen gleichzusetzen und Stimmen aus der Zivilgesellschaft zu
121 ignorieren. Die Hamas handelt nicht nach den Bedürfnissen der palästinensischen
122 Bevölkerung und genießt wenig Vertrauen in dieser. So protestierten etwa im März
123 diesen Jahres Hunderte Palästinenser*innen in Gaza gegen den Krieg und gegen die
124 Hamas, trotz drohender Gewalt und Repression. In Israel gibt es zahlreiche
125 Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen die rechte Regierung und auch gegen
126 deren völkerrechtswidrige Handlungen. Mehrere Tausend Israelis gehen regelmäßig
127 auf die Straße, um gegen das Regierungshandeln zu demonstrieren, insbesondere
128 weil der andauernde Krieg in Gaza den israelischen Geiseln und ihren Angehörigen
129 nicht hilft.

130 Verschiedenen israelische sowie palästinensische Aktivist*innen und
131 Gruppierungen setzten sich seit Jahren und Jahrzehnten für Frieden in der
132 Region, für die Wahrung der Menschenrechte, für Meinungspluralismus, für Rechte
133 und politische Teilhabe verschiedener Gruppen ein. Wir sprechen allen Personen,
134 die diese sehr wichtige Arbeit auch unter den aktuellen Bedingungen leisten,
135 unsere Solidarität aus und unterstützen Aktivismus für Frieden in Israel und
136 Palästina nach unseren Möglichkeiten. Dazu gehört auch, dass Deutschland

137 derartige Organisationen durch Finanzierung unterstützt. Gerade in der aktuellen
138 Situation ist es fatal, wenn zivilgesellschaftliche Organisationen dadurch
139 geschwächt werden, dass ihnen aus intransparenten Gründen Fördermittel
140 gestrichen werden.

141 Antisemitismus & antimuslimischen Rassismus bekämpfen

142 Der Krieg in Gaza hat Folgen auch über die Region hinaus. Auch die
143 gesellschaftliche Stimmung in Deutschland wurde im letzten Jahr durch die
144 Ereignisse beeinflusst. Die Anzahl antisemitischer Straftaten in Deutschland hat
145 bereits in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit dem Anschlag vom
146 07.Oktober ist zudem ein besonderer Anstieg zu verzeichnen. Außerdem steigt
147 nicht nur die Quantität der antisemitischen Straftaten, sondern auch schwere
148 Angriffe, wie etwa Körperverletzungen, nehmen zu. Auch im Rahmen Pro-
149 Palästinensischer Demonstrationen kommt es zu Vorfällen, bei denen
150 antisemitische Parolen verwendet werden oder die Verbrechen der Hamas gefeiert
151 werden. Hinzu kommt der generelle Rechtsruck in Deutschland, der ebenfalls zu
152 einer Zunahme an Antisemitismus führt. Auf der anderen Seite hat sich seit dem
153 7.Oktober die negative Stimmung gegen migrantisierte Menschen aus arabischen
154 Ländern in Deutschland verstärkt. Der Konflikt und Pro-Palästinensische
155 Demonstrationen in Deutschland werden von einigen Politiker*innen zum Anlass
156 genommen, mehr Abschiebungen und Restriktionen in der Asylpolitik zu fordern und
157 Meinungsäußerungen zu delegitimieren. Es ist inakzeptabel alle Teilnehmer*innen
158 von pro-palästinensischen Demonstrationen und Aktivist*innen in diesem
159 Themenbereich pauschal als antisemitisch zu verurteilen, und erst recht alle
160 muslimischen Menschen. Derartigen Narrativen müssen wir uns klar
161 entgegenstellen. Zudem braucht es eine höhere Aufmerksamkeit für und kritische
162 Einordnung von für unverhältnismäßige Einschränkungen und Polizeigewalt im
163 Rahmen von Demonstrationen. Wir stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und
164 gegen (anti-muslimischen) Rassismus. Unser Anspruch in Deutschland muss es,
165 gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte, sein, dass sich alle Jüdinnen und
166 Juden in Deutschland sicher fühlen können. Unser Anspruch muss es aber auch
167 sein, dass alle Menschen in Deutschland Gebrauch von ihrem Recht auf freie
168 Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit machen können, ohne pauschale
169 Verurteilungen und Repressionen fürchten zu müssen. Es ist nicht akzeptabel,
170 wenn Antisemitismus mit Rassismus bekämpft wird. Stattdessen müssen wir in
171 Deutschland wieder zu einem offenen und ausgewogenen Diskurs kommen, in dem klar
172 zwischen der israelischen Regierung und der jüdischen Bevölkerung unterschieden
173 wird, sowie auch zwischen der Hamas und der palästinensischen Bevölkerung.
174 Konkret helfen können dabei Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu Antisemitismus,
175 (Anti-)Zionismus und anti-muslimischen Rassismus, Sicherheitsprogramme für
176 jüdisches Leben, Rassismus-Prävention, und die Überarbeitung einschlägiger
177 Resolutionen. Es braucht eine klare Trennlinie zwischen strafbarer Hetze und
178 legitimer, völkerrechtsgestützter Kritik. Die IHRA-Definition von Antisemitismus
179 ist eine nicht-rechtsverbindliche Arbeitsdefinition, die nicht als juristische
180 Grundlage für Sanktionen geeignet ist.

181 Deshalb fordern wir:

182 Von der deutschen Bundesregierung:

- 183 • Den aktiven Einsatz für einen Waffenstillstand, die Freilassung der
- 184 Geiseln und den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie für einen
- 185 langfristigen Friedensprozess

- 186 • Die Anerkennung und Umsetzung der Entscheidungen internationaler Gerichte

187 Von der Bremer Landesregierung:

- 188 • Bildungs- und Präventionsarbeit im Bereich Antisemitismus und
- 189 antimuslimischem Rassismus

- 190 • die Aufnahme von Kindern und Familien aus Gaza und Israel in Bremen

191 Von der Grünen Partei:

- 192 • Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Handeln in der Bundesregierung
- 193 im Kontext Israel und Palästina

194 Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden – unabhängig
195 von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine Welt ein, in
196 der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum politischen
197 Handelns stehen.

D-NO2 Israel im Nahen Osten

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (KV MöV)

Tagesordnungspunkt: 5.3 Weitere Anträge "Grüne Perspektive auf die Lage im Nahen Osten"

Antragstext

1 Die Landesmitgliederversammlung erklärt:
2

3 Wir

4 – sehen mit großer Sorge und Anteilnahme den fortwährenden Krieg, das
5 fortwährende Leid in Gaza. Immer noch sind Geiseln in den Tunneln der Hamas
6 gefangen, die Hamas kämpft weiter, sie setzt dafür das Leben der eigenen
7 Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel. Die humanitäre Lage in Gaza ist durch die
8 Fortführung des Krieges durch Israel dramatisch.
9

10 – erinnern daran: Der Ursprung, der Grund dieses Krieges war das Massaker der
11 Hamas und anderer Terrororganisationen am 7. Oktober, der Überfall mit Mord,
12 Raub, Folter, Vergewaltigung und Entführung. Erklärtes Ziel dieser
13 Kriegserklärung war es, ein Fanal zu senden an die Judenhasser in aller Welt,
14 den jüdischen Staat zu vernichten.
15

16 – weisen darauf hin: In der folgenden notwendigen Antwort Israels hat die Hamas
17 bewusst die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder benutzt, geschützte
18 Orte wie Krankenhäuser und Schulen militärisch missbraucht, ihren eigenen
19 Menschen Schutz verwehrt, die zivilen Opfer bewusst in Kauf genommen. Die
20 Forderung, den Krieg zu beenden, richtet sich zu allererst an die Hamas.
21

22 – unterstützen die Forderung der Angehörigen der Geiseln und der großen
23 Unterstützer-Demonstrationen in Israel: Die Hamas muss alle Geiseln frei lassen,
24 die noch in ihrer Hand sind. Im Gegenzug muss die israelische Regierung einem
25 Waffenstillstand zustimmen.
26

27 – erwarten von der israelischen Regierung und den internationalen
28 Hilfsorganisationen, gemeinsam zuverlässig für die Grundversorgung der
29 Bevölkerung in Gaza zu sorgen – in einer Form, die sicherstellt, dass die
30 Hilfsgüter auch bei den Menschen ankommt und nicht bei der Hamas. Aushungern
31 darf nie ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein.
32

33 – verlangen einen besseren Zugang für unabhängige Berichterstattung über die
34 Ereignisse in Gaza.
35

36 – fordern die Bundesregierung auf, sich im Sinne der Erklärung der europäisch-
37 arabischen Konferenz in New York (29. Juli 2025) diplomatisch zu engagieren.
38 Dort wurde das Ziel formuliert, die Herrschaft der Hamas endgültig zu beenden
39 und eine europäisch-arabisch getragene Übergangsverwaltung in Gaza
40 vorzubereiten, unter Beteiligung der Palästinensischen Autonomiebehörde.
41

42 – unterstützen die Haltung der Bundesregierung, der von einigen Staaten
43 angekündigten „Anerkennung“ eines „Staates Palästina“ nicht zu folgen. Eine
44 solche rein symbolische „Anerkennung“ eines nicht existierenden „Staates“ stärkt
45 gegenwärtig allein die Position der Hamas, die die Ankündigungen bereits als
46 "Frucht des 7. Oktober" feiert.
47

48 – halten dagegen daran fest, dass ein palästinensischer Staat nur am Ende von
49 Verhandlungen in der Region entstehen kann – die wieder beginnen müssen, ohne

- 50 die Hamas. Wir treten für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser
51 ein, selbst über ihr gesellschaftliches Leben in einem eigenen Staat zu
52 bestimmen. Die Sicherheit Israels muss dabei gewährleistet sein, seine Existenz
53 darf von niemandem mehr in Frage gestellt werden.
- 54
55 – kritisieren deshalb die Beschlüsse der israelischen Regierung, weitere
56 Siedlungen im Westjordanland zu planen, als falsch und gefährlich. Wir lehnen
57 jede – völkerrechtswidrige – Annexion durch Israel ab.
- 58 – sind solidarisch mit den starken Kräften in der israelischen Gesellschaft, die
59 für die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung Israels von 1948 eintreten:
60 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Ausgleich und Koexistenz.
- 61 – widersprechen allen Überlegungen, Vereinbarungen der EU mit Israel auszusetzen
62 oder einzuschränken; dadurch würden gerade auch die Verbindungen zu dieser
63 israelischen Zivilgesellschaft getroffen.
- 64
65
66 – weisen darauf hin, dass Israel sich gegen die vom Iran gesteuerte und
67 finanzierte „Achse des Widerstandes“ verteidigen musste und muss, gegen Angriffe
68 der Hisbollah, der Huthi und des Iran. Ohne Beendigung dieser Bedrohungen wird
69 es keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben.
- 70
71 – fordern die Bundesregierung auf, die Regierung des Libanon bei der
72 Stabilisierung des Landes, der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und
73 bei der vereinbarten Entwaffnung der Hisbollah zu unterstützen; im Gegenzug muss
74 Israel die Vorposten auf libanesischem Gebiet räumen.
- 75
76 – begrüßen die Auslösung des Snapback-Mechanismus (Sanktionen) im Rahmen des
77 Atomabkommen mit dem Iran durch die drei europäischen Staaten, da der Iran mit
78 der hohen und unkontrollierten Anreicherung von Uran das Abkommen erkennbar
79 verletzt hat. Es darf kein neues Abkommen mit dem Iran geben ohne klare und
80 überprüfbare Verpflichtung des Regimes, den Bau der Bombe zu beenden. Außerdem
81 muss der Iran auf die aggressive Aufrüstung von Proxis in der Region verzichten.
82 Solange müssen die Sanktionen verschärft werden.
- 83
84 – fordern die Bundesregierung auf, weiter energisch für die Listung der
85 Iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation bei die EU einzutreten; jede
86 Tätigkeit ihrer Ableger in Deutschland muss unterbunden werden, die hier
87 lebenden Iranerinnen und Iraner und ihre Organisationen müssen geschützt werden.
- 88
89
90 – sind bestürzt, dass auch in Deutschland nach dem Massaker der Hamas der
91 Juden Hass in Worten und Taten stark angestiegen ist, die Terrororganisation als
92 „Befreiungskraft“ gefeiert wird und deutsche Jüdinnen und Juden als
93 verantwortlich für israelische Politik angegriffen werden. Aufklärende
94 Diskussionen vor allem in den Bildungseinrichtungen müssen deshalb verstärkt
95 werden, Hasspropaganda unterbunden werden.
- 96 – verurteilen Boykottaufrufe und Boykottaktionen gegen Künstlerinnen und
97 Künstler, Sportlerinnen und Sportler, nur weil sie Jüdinnen und Juden sind.

Unterstützer*innen

Robert Bücking (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); David Lukaßen (KV Bremerhaven); Thomas Pörschke (KV Nord); Maya Trapp (KV MÖV); Stefan Trapp (KV MÖV); Helga Trüpel, (KV MÖV)